

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Kapitel 1: Einleitung	1
A. Ausgangsbefund	1
B. Gegenstand, Methode und Grenzen der Untersuchung	2
C. Gang der Untersuchung	3
Kapitel 2: Die allgemeinen Grundlagen der Stimmbindung	5
A. Phänotypen der Stimmbindung und Begriffe	5
I. Der Begriff des Stimmbindungsvertrages	6
II. Horizontale Stimmbindung unter den Aktionären	7
1. Die spezifischen Ausformungen der horizontalen Stimmbindung	7
a) Gesellschafterfraktionen	7
b) Omnilaterale Stimmbindungsverträge	7
2. Wertungsmäßige Unterschiede	8
III. Vertikale Stimmbindung gegenüber der Aktiengesellschaft	8
IV. Externe Stimmbindung gegenüber Dritten	9
V. Stimmbindung und Organe	10
VI. Stimmrechtspools, Stimmrechtskonsortien und Schutzgemeinschaften	11
B. Funktionelle Grundlegung der Stimmbindung und allgemeine Interessenlage	12
I. Regelungsflexibilität	12
II. Vermeidung von Registerpublizität	14
III. Interessenbündelung und Verstärkung der Stimmkraft	15
IV. Immunisierung gegenüber Stimmrechtsberatern (Proxy Advisors)	18

1. Beweggründe für den Einsatz von Stimmrechtsberatern	18
2. Kritik am Einsatz von Stimmrechtsberatern	19
3. Stimmbindung als Immunisierungsmedium	20
V. Deckelung des Einflusses von Investoren	21
VI. Absicherung der Rechtsstellung „wirtschaftlicher“ Gesellschafter	22
C. Die Rechtsnatur der verschiedenen Stimmbindungsmodelle	23
I. Individuell-schuldvertragliche Modelle	23
II. Gesellschaftsrechtliche Modelle	25
1. Die konsortiale Ausgestaltung als Innengesellschaft bürgerlichen Rechts (§§ 705 ff. BGB) und die spezifische Eignung dieser Rechtsform	25
2. Die Tauglichkeit weiterer Rechtsformen als Vehikel der Stimmrechtskonsortien	28
D. Einordnung in den aktienrechtlichen Normkontext	29
E. Unionsrechtliche Vorgaben	31
I. Die fehlende Beeinträchtigung der Kapitalverkehrsfreiheit	31
II. Sekundärrecht	36
F. Abgrenzung von verwandten Rechtsinstituten	38
I. Stimmrechtsvertretung	38
II. Vertreterklauseln	41
III. Beteiligungskonsortium	42
IV. Aktionärsvereinigungen: Die Exklusivität der Mitgliedschaft als Abgrenzungskriterium	45
Kapitel 3: Stimmbindung und Prinzipien	47
A. Rechtstheoretische Grundlegung	47
I. Die Notwendigkeit und Funktionsweise prinzipiellen Rechtsdenkens	48
II. Geltungsgrund und Gewinnung eines Rechtsprinzips	52
III. Die Grenzen des Rückgriffs auf die Prinzipienebene	53
B. Die maßgeblichen Prinzipien bei der Erfassung von Stimmbindungen .	54
I. Stimmbindung, Privatautonomie und Vertragsfreiheit	54
1. Bedeutung	54
2. Terminologie	55
3. Verfassungs- und unionsrechtliche Parameter	56

4. Die Wirkungsweise der Grundrechte im Privatrecht	59
5. Der spezifische Zusammenhang zwischen Stimmbindung und Vertragsfreiheit	61
II. Das Prinzip der Abstimmungsautonomie	61
1. Die Kenntlichmachung und Herleitung des Prinzips der Abstimmungsautonomie	62
a) Die kategoriale Einordnung der Autonomie der Stimmrechts- ausübung als Ausprägung der Privatautonomie	62
b) Die Defizite eines Rückgriffs auf § 252 HGB a.F. und die Folgenormen	65
2. Die nähere Konkretisierung des Prinzips der Abstimmungs- autonomie durch einzelne Teilgarantien bzw. Unterprinzipien .	66
a) Öffentlich-rechtliche Denkfiguren als Inspirationsquelle bei der Gewinnung der Teilgarantien	67
b) Die Freiheit von unzulässigem Druck und das Fehlen einer apriorischen Festlegung der Stimmrechtsausübung	69
c) Die Sicherstellung eines angemessenen Informationsniveaus	69
d) Eingehung von Bindungen: Der Stimmbindungsvertrag als Katalysator privatautonomer Zielverfolgung	73
e) Nichtgebrauch (Enthaltung)	75
f) Die umfassende Zulässigkeit der uneinheitlichen Stimmabgabe	75
g) Die fehlende Höchstpersönlichkeit der Stimmrechtsausübung und die Möglichkeit der Delegation	79
h) § 117 VII Nr. 1 AktG a.F.	79
i) Zwischenergebnis	79
3. Die fehlende Beeinträchtigung der Unterprinzipien der Abstimmungsautonomie durch das Institut der Stimmbindung	80
4. Zwischenergebnis	82
III. Das Trennungsprinzip	82
1. Grundriss der Problemstellung	83
2. Die juristische Personalität als Eingangsvoraussetzung des Trennungsprinzips	85
3. Die verschiedenen Ausprägungen des Trennungsprinzips	86
4. Die positivrechtliche Fundierung des Trennungsprinzips	87
5. Das teleologische Gepräge des Trennungsprinzips	89
a) Die Verstärkung des Verkehrsschutzes und die Erleichterung der Anteilsfungibilität	90
b) Das Prinzip des Gläubigerschutzes als flankierendes und bekräftigendes Rechtsprinzip	92
c) Der Grundsatz der Relativität des Schuldverhältnisses als bestätigender Wertungsgesichtspunkt	95
d) Die Ermöglichung von Gestaltungsfreiheit kraft Trennung der Regelungsebenen	97

6. Die mangelnde Validität einer realstrukturellen Argumentation	98
7. Zwischenergebnis: Gestaltungs- und Geltungsexklusivität als Teilausprägungen des Trennungsprinzips	99
8. Die Folgerungen für Rechtsanwendung und Rechtsfortbildung	100
IV. Verbandssouveränität	101
C. Stimmbindung und ökonomische Überlegungen	102
I. Das Phänomen der rationalen Aktionärsapathie	103
1. Der rechtstatsächliche Befund	103
2. Die rationale Aktionärsapathie als Ursache niedriger Hauptversammlungspräsenzen	104
II. Nachteile niedriger Hauptversammlungspräsenzen	106
III. Stimmbindung als Mittel der Prophylaxe gegen das Phänomen der rationalen Aktionärsapathie	108
IV. Die Präsenzsteigerung als teleologische Zielkoordinate	109
1. Die Ermittlung einer auf Präsenzsteigerung zielenden ratio legis – methodologische Vorfragen	109
2. Präsenzsteigerung als Intention jüngerer Gesetzesreformen ...	111
a) NaStraG	111
b) UMAG	111
c) ARUG	113
d) Zwischenergebnis	115
3. Die Plausibilisierung unter Rekurs auf Erwägungen aus dem Regierungsentwurf zum AktG 1965	115
V. Summa	115
D. Ergebnis der Untersuchung auf der Prinzipienebene	116
Kapitel 4: Die Stimmbindung im System des Aktiengesetzes	119
A. Die rechtliche Zulässigkeit der Stimmbindungsverträge	119
I. Horizontale Stimmbindungsverträge	119
1. Die defizitäre argumentative Durchdringung durch die Rechtsprechung	119
2. Die Fruchtbarmachung der auf der Prinzipienebene gewonnenen Befunde für die Regelebene: Vertragsfreiheit, Abstimmungsautonomie und ökonomische Aspekte	121
II. Externe Stimmbindungsverträge	124

1. Die Zulässigkeit als Ausdruck der Prinzipien der schuldvertraglichen Kontrahentenwahlfreiheit sowie der Abstimmungsautonomie und die Bestätigung auf der Regelebene des AktG	126
2. Das argumentum e contrario zu § 136 II 1 Var. 3 AktG	129
3. Die mangelnde Validität des Prinzips der Verbandsautonomie	131
a) Die Ablehnung unmittelbarer Rechtsfolgen der Verbandsouveränität für das Institut der Stimmbindung	131
aa) Methodologische Gesichtspunkte	131
bb) Begründungslast und Begründungsdefizite bei der rechtsprinzipiellen Herleitung	132
cc) Der teleologisch verwertbare Kern der Aussagen zur Verbandsouveränität	135
b) Die spezifische Rigidität des Einsatzes der Verbandsouveränität ..	137
c) Die autonomienähere Bewältigung des Außeneinflusses durch (flexible) gesellschaftsrechtliche Institute	138
aa) Treupflichten	138
bb) Stimmverbote	141
(1) Teleologische Grundlagen und Abgrenzung	141
(2) Wirkungsweise bei Stimmbindungen und teleologische Extension	143
(3) Zwischenergebnis	146
d) Die fehlende Beeinträchtigung der Verbandsouveränität durch externe Stimmbindungsverträge	147
aa) Die mangelnde inhaltliche Konturierung der Verbandsouveränität	147
bb) Die Ablehnung einer generellen Stigmatisierung des Außeneinflusses	147
cc) Die fehlende Beeinträchtigung der Verbandsautonomie infolge der spezifischen Funktionsweise der externen Stimmbindung	149
dd) Analyse der Rechtsprechung	150
(1) Das abweichende Verständnis im Recht der Verbände/Vereine	150
(2) Die punktuellen/beiläufigen Erwähnungen in gesellschaftsrechtlichen Entscheidungen	151
(3) Die Entscheidung des OLG Jena vom 9.7.1997 – Az. 2 U 1248/96	152
e) Zusammenfassung zur Verbandsautonomie	153
4. Die Ausnahmslosigkeit der Zulässigkeit und die Unerheblichkeit des von der externen Stimmbindung betroffenen Beschlussgegenstandes	154
5. Die Zirkularität der auf die Klagbarkeit/Vollstreckbarkeit verweisenden Argumentation	157

6. Die Ablehnung einer Verletzung des Abspaltungsverbots	158
7. Die Irrelevanz des Auseinanderfallens von faktischer Entscheidungsmacht und mitgliedschaftlicher Bindung	163
8. Ergebnis	163
III. Vertikale Stimmbindungsverträge, insbesondere:	
Stimmrechtsausschlussverträge	164
1. Der Ausgangspunkt: Abstimmungsautonomie und Kontrahentenwahlfreiheit	166
2. Die Unanwendbarkeit von § 136 II 1 Var. 1 AktG	167
3. Kein Entgegenstehen von § 134 I 5 AktG	169
4. Die Ablehnung eines Verstoßes gegen die aktienrechtliche Kompetenzordnung	171
a) Die Ablehnung in der Sache	171
b) Der dogmatische verfehlete Anknüpfungspunkt für die Nichtigkeitsfolge	174
5. Zwischenergebnis	176
B. Die Zulässigkeitsschranken der Stimmbindung	176
I. Stimmbindungsverträge und die allgemeinen Schranken der Privatautonomie	177
1. § 134 BGB und die zwei möglichen Anknüpfungspunkte	177
2. Sittenwidrigkeit, § 138 BGB	179
a) Allgemeine Leitlinien	179
b) Sittenwidrigkeit und Laufzeit von Stimmbindungen	180
aa) Vorfragen: Befristungen und Mindestlaufzeiten	181
bb) Die dogmatischen Anknüpfungspunkte einer Laufzeitkontrolle	182
cc) Das Wertungs- und Prinzipiengefüge: Selbstbestimmung, Vertragsfreiheit und Vertragstreue	183
dd) Die Bewältigung der zeitlichen Grenzen der Stimmbindung vermittels eines zweigliedrigen Schutzkonzepts	186
(1) Die Herleitung einer 30-Jahre-Obergrenze	187
(2) Die Ausformung eines beweglichen Schutzsystems unterhalb der 30-Jahre-Grenze und die Besonderheiten der Stimmbindung	190
II. Die spezifisch aktienrechtlichen Zulässigkeitsschranken	193
1. Die Nichtigkeitsanordnung des § 136 II AktG	193
a) Der von § 136 II AktG erfasste Vertragsinhalt	194
b) Der Kreis der Weisungsberechtigten i.S.d. § 136 II AktG	194
c) In Sonderheit: Die Bindung an Weisungen einzelner Verwaltungsmitglieder	195
d) Die Irrelevanz der Rechtsstellung des Vertragspartners	197
2. Rechtsfortbildende Heranziehung des § 136 II AktG	197

a)	Die Ablehnung einer Rechtsfortbildung bei konkreten Vorabfestlegungen der Stimmrechtsausübung	198
b)	Verwaltungsmitglieder im Stimmrechtskonsortium: Abstimmungsautonomie vs. Verwässerung des Aktionärsinflusses	199
c)	Die Auflösung von Pattsituationen durch Vorstand oder Aufsichtsrat	202
d)	Die teleologische Extension bei Vorschaltgesellschaften	203
3.	Das Verbot des Stimmen(ver-)kaufs, § 405 III Nr. 6, Nr. 7 AktG	204
a)	Grundlagen und teleologische Ausrichtung	204
b)	Die Notwendigkeit einer aktienrechtsspezifischen Auslegung	204
c)	Die abzulehnende Transformation strafrechtlicher Argumentationsstrukturen	207
III.	Die Ablehnung weiterer korporativer Zulässigkeitsschranken ...	208
1.	Pflichtenkollisionen und die Ablehnung der mitglied- schaftlichen Treupflicht als Zulässigkeitsschranke	209
a)	Die Entstehungsweise kollidierender Pflichten	209
b)	Auflösung durch Nichtigkeitsanordnung und Leistungs- verweigerungsrecht?	209
c)	Die Wirksamkeit der Stimmbindungsverträge im Lichte von Privatautonomie und Trennungsprinzip	210
d)	Die Bewältigung von Pflichtenkollisionen vermittels des schuldrechtlichen Leistungsstörungenregimes	211
e)	Untaugliche Alternativansätze	213
2.	Das statutarische Verbot einer Stimmbindungsabrede	214
C.	Abschluss und Wirksamkeitsvoraussetzungen des Stimmbindungsvertrages	215
I.	Die Anwendbarkeit der allgemein bürgerlich-rechtlichen Regelungen	215
II.	Die Formfreiheit der Stimmbindung	217
1.	Der Grundsatz	217
2.	Die abzulehnende Beurkundungspflicht eines auf Satzungsänderungen gerichteten Stimmbindungsvertrages	217
III.	Stimmbindung und AGB: Die umfassende Unanwendbarkeit der AGB-Kontrolle gem. § 310 IV 1 Var. 3 BGB	219
D.	Die Beendigung von Stimmbindungsverträgen	223
I.	Auflösung und Beendigung von Stimmrechtskonsortien	223
1.	Ordentliche und außerordentliche Kündigung	224
2.	Die Unmöglichkeit der Zweckerreichung, § 726 Alt. 2 BGB ...	226
3.	In Sonderheit: Das unterwanderte Stimmrechtskonsortium ...	227

4. Die Folgen des Ausscheidens eines Konsorten für dessen Mitgliedschaft in der Hauptgesellschaft	229
II. Die Beendigung individuell-schuldvertraglicher Stimmbindungsmodelle	231
E. Antinomien und Interdependenzen zwischen konsortialer und aktienrechtlicher Sphäre	232
I. Kapitalgesellschaftsrechtliche Treupflichten und Stimmbindung ..	232
1. Die Konturierung des Problemfelds	232
2. Die Ablehnung jeglicher Wechselwirkungen im Lichte des Trennungsprinzips	233
3. Die drohende Konturlosigkeit der Treupflichten im Falle ihrer Aufladung durch schuldrechtliche Nebenabreden	236
4. Die Ablehnung der Begründungslinie über das Gesellschaftsinteresse	238
II. Das vermeintliche Spannungsverhältnis zwischen kapitalgesellschaftsrechtlichen Mehrheitserfordernissen und konsortialen Mehrheitsklauseln	239
1. Die präsumtive Privilegierung des Instituts der Stimmbindung und die Maßgeblichkeit von Trennungs- prinzip und Abstimmungsautonomie	240
2. Die Bewerkstelligung des Minderheitenschutzes	242
a) Der Minderheitenschutz im Konsortium	242
b) Der Minderheitenschutz in der Aktiengesellschaft	243
c) Sperrminorität und subjektives Recht	245
d) Die Ablehnung einer Gesetzesumgehung selbst im Falle einer omnilateralen Bindung	246
III. Die konsortiale Beschlusskontrolle im Spannungsfeld von personen- und kapitalgesellschaftsrechtlicher Sphäre	247
1. Die maßgeblichen Grundstrukturen des Minderheitenschutzes in der Personengesellschaft	248
2. Der Ausgangspunkt: Trennungsprinzip und die Ausrichtung des Konsortialzwecks auf die aktienrechtliche Ebene	252
3. Die Bedeutungslosigkeit des Bestimmtheitsgrundsatzes und dessen Ersetzung durch die herkömmlichen Auslegungsregeln	253
4. Die regelmäßige Irrelevanz der Kernbereichslehre im konsortialen Umfeld	255
5. Die Außerachtlassung kapitalgesellschaftsrechtlicher Belastungen bei der Beurteilung des Belastungsverbots	255
6. Die Strukturierung der Treupflichtkontrolle bei Konsortialbeschlüssen	257

a) Allgemeine Leitlinien	257
b) Die Differenzierung von vertikaler und horizontaler Treupflicht im Stimmrechtskonsortium	258
c) Konkretisierungen	260
aa) Die Behandlung von kapitalgesellschaftsrechtlichen Grundlagenbeschlüssen auf der konsortialen Ebene	260
bb) Die Ablehnung eines Sachgrunderfordernisses für den Konsortialbeschluss im Vorfeld von strukturändernden Hauptversammlungsbeschlüssen	261
cc) Die Behandlung von Hauptversammlungsbeschlüssen mit Sonderbeschlusserfordernis	263
7. Die Bedeutung der Anfechtbarkeit eines Hauptversamm- lungsbeschlusses für den Poolbeschluss	265
a) Die Bewältigung von Beschlussfehlern auf der aktienrechtlichen Ebene	265
b) Die Herstellung eines hinreichenden Schutzniveaus durch die Anfechtungsklage	266
aa) Die grundsätzliche Unbeachtlichkeit des Abstimmungs- verhaltens für die Anfechtungsmöglichkeit des Aktionärs	267
bb) Zwischenergebnis	269
cc) Die Behandlung der Fehleridentität	270
dd) Die Sonderfälle eines positivrechtlich angeordneten Ausschlusses der Anfechtungsklage	272
8. Die Folgen der Unwirksamkeit des Poolbeschlusses	273
IV. Auslegung und Stimmbindung	273
1. Die fehlende Validität des Stimmbindungsvertrages als Auslegungsmittel im korporativen Bereich	274
a) Die Maßgeblichkeit der Gestaltungs- und Geltungsexklusivität ...	274
b) Zwischenergebnis	278
2. Die Eignung der korporativen Satzung zur Auslegung von Stimmbindungsverträgen	278
F. Rechtsfolgenregime und Rechtsdurchsetzung	279
I. Die Auswirkungen bindungswidriger Stimmabgabe auf den Hauptversammlungsbeschluss	279
1. Der Grundsatz	279
2. Omnilaterale Stimmbindungsverträge	280
a) Die Kernnägels-Entscheidung als Ausgangspunkt	280
b) Die Einordnung als Rechtsfortbildungsproblem	282
c) Die Ablehnung der Anfechtbarkeit kraft Rückgriffs auf die Prinzipienebene	282
d) Die fehlende Validität der Prozessökonomie	285
e) Die abzulehnende Übertragbarkeit der Kernnägels-Entscheidung auf das Aktienrecht	288

f) Die Ablehnung eines treupflichtgestützten Begründungsmusters ..	289
g) Die Einwände gegenüber einem Rückgriff auf die ergänzende Vertragsauslegung	291
h) Zwischenergebnis	292
3. Vertikale Stimmbindungen	293
a) Die korporationsrechtlichen Folgen bei vertragswidriger Abstimmung	293
b) Die Wirksamkeit von Stimmabgabe und Beschluss trotz Verletzung einer vertikalen Stimmbindung	295
c) Zwischenergebnis	299
II. Die Rechtsfolgen unwirksamer Stimmbindungen	299
1. Die Befolgung einer unwirksamen Stimmbindungsabrede und deren Irrelevanz für die Wirksamkeit von Stimmabgabe und Hauptversammlungsbeschluss	300
2. Zwischenergebnis	304
III. Die fehlende Eignung omnilateraler Stimmbindungen zur Heilung fehlerhafter Beschlüsse	305
IV. Die Sanktionen bei bindungswidriger Stimmabgabe	308
1. Schadensersatz	308
2. Vertragsstrafe	310
V. Die prozessuale Durchsetzung stimmbindungsvertraglicher Pflichten	311
1. Die Klagbarkeit	311
2. Die Vollstreckbarkeit	314
a) Die grundsätzliche Anerkennung der Vollstreckbarkeit	314
b) Die Auswahl der statthaften Vollstreckungsart und die Maßgeblichkeit des stimmbindungsvertraglichen Anspruchsziels ..	315
aa) Positive Abstimmungspflicht	315
(1) Die Anwendbarkeit von § 894 ZPO	316
(2) Die Anwendbarkeit anderer Vollstreckungsarten zur Erzwingung aktienrechtlicher Voraussetzungen der Stimmabgabe	318
bb) Stimmbindungsvertragliche Unterlassungspflichten	319
3. Einstweiliger Rechtsschutz	320
a) Wertungsgrundlagen: Das Spannungsverhältnis zwischen den Interessen von Stimmbindungsgläubiger und -schuldner	320
b) Die grundsätzliche Zulässigkeit: Präsumtive Privilegierung der Stimmbindung und materiellrechtsfreundliche Auslegung des Prozessrechts	321
c) Die Ablehnung eines Widerspruchs zu prozessualen oder sonstigen gesellschaftsrechtlichen Prinzipien	323
d) Die Voraussetzungen einer einstweiligen Verfügung	325
aa) Der Verfügungsanspruch	325
bb) Der Verfügungsgrund	327

(1) Die Relativierung der hohen Hürden für eine Leistungs- verfügung	327
(2) Die Bewältigung des Verfügungsgrundes über die Figur des beweglichen Systems	329
(3) Die Elemente des beweglichen Systems	330
e) Die Vollziehung der einstweiligen Verfügung	333
 Kapitel 5: Der Stimmbindungsvertrag in weiteren Regelungszusammenhängen	 335
A. Stimmbindung und Kapitalmarktrecht	335
I. Übernahmerecht	335
1. Die positivrechtliche Verortung	335
2. Die Zurechnung von Stimmrechten kraft Stimmbindung	336
3. Stimmrechtspools und wechselseitige Zurechnung	337
a) Das teleologische Fundament	337
b) Die Berücksichtigung der jeweiligen konsortialvertraglichen Ausgestaltung im Wege der teleologischen Reduktion	338
c) Die Absicherung im Wege des Rückgriffs auf die Prinzipienebene .	340
d) Die Ablehnung alternativer Lösungsansätze (§ 37 WpÜG; Absorption)	340
e) Die Ausnahme poolexterner Stimmrechte von der Zurechnung	342
II. Wertpapierhandelsrecht	342
1. Die teleologischen Grundlagen	342
2. Die teleologische Reduktion des § 22 II WpHG im Falle struktureller Dominanz	343
B. Stimmbindung und Konzernrecht	345
I. Die fehlende Mitteilungspflicht des Stimmrechtskonsortiums ...	345
II. Die Mitteilungspflichten der Konsorten	346
1. Die Unternehmenseigenschaft der Stimmrechtskonsorten	346
2. Die Irrelevanz des § 16 IV AktG für das Erreichen der Meldeschwelle im konsortialen Umfeld	347
 Kapitel 6: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	 351
 Literaturverzeichnis	 365
 Register	 437